

# SPD kritisiert Jungs Afghanistan-Politik

## Verteidigungspolitiker Arnold: Nicht alles so lassen, wie es ist

löv. BERLIN, 29. August. Die SPD kritisiert die starre Haltung Verteidigungsminister Jungs (CDU), der sich gegen eine Erhöhung der Mandatsobergrenze für den deutschen Afghanistan-Einsatz festgelegt hat. „Man sollte es sich nicht so einfach machen und alles so lassen, wie es ist“, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Reiner Arnold, am Mittwoch dieser Zeitung. „Ein Weiter-so reicht einfach nicht.“

Man müsse zunächst erörtern, was die Bundeswehr in Afghanistan zusätzlich leisten solle. Arnold nannte als Beispiele verstärkte Ausbildungsunterstützung für die afghanische Armee, zusätzliche Außenstellen der Provinzwiederaufbau-teams „in der Fläche“ oder eine stärkere Präsenz außerhalb des Feldlagers in der Region Mazar-i-Sharif. Dann müssten die militärischen Planer sagen, was sie dafür brauchen. Auf dieser Grundlage solle man das Mandat „nicht zu knapp auf Kante nähern“, mahnte Arnold. Gegen eine auch personelle Ausweitung innerhalb des Einsatzschwerpunkts im Norden Afghanistans habe er nichts einzuwenden. Das Bundestagsmandat für die Afghanistan-Schutztruppe Isaf umfasst bislang 3000 deutsche Soldaten. Hinzu kommen 500 Soldaten, die für die Tornado-Aufklärungsflugzeuge mandatiert sind. Diese beiden Mandate sollen nach dem Willen der Koalition zusammengelegt werden. Verteidigungsminister Jung will es bei dem Gesamtumfang von höchstens 3500 Soldaten belassen.

Eine positive Zwischenbilanz zieht Arnold nach einer knapp einwöchigen Reise an den Hindukusch für den Tornado-Einsatz. Die sechs Aufklärungsflugzeuge, gegen deren Einsatz jedes dritte Mitglied der SPD-Fraktion im Mai im Bundestag gestimmt hatte, leisteten in Afghanistan nach übereinstimmenden Angaben der Militärs dort einen wertvollen Beitrag. Amerikanische, britische, kanadische und niederländische Gesprächspartner bezeichneten sie als „vital notwendig“. Gutes über die Deutschen habe er auch von seinen afghanischen Gesprächspartnern – Militärs, Parlamentariern, aber auch Stammesältesten – gehört: „Ihr seid die Besten.“ Keiner von ihnen habe gefunden, dass die Tornados dabei einen Unterschied machten, etwa in dem Sinne, dass die Deutschen von Helfern zu Besatzern würden. Allerdings hätten einige ihn darauf hingewiesen, dass Taliban im Süden das so auffassten.

Hinsichtlich der amerikanisch geführten Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“ (OEF) gilt für den SPD-Verteidigungspolitiker hingegen: „Die Skepsis ist geblieben.“ Während die Isaf versuche, Kollateralschäden zu vermeiden, sei das bei die OEF nicht so zu erkennen. Der deutsche Beitrag – bei einem Gesamtumfang von 10 000 Mann hundert deutsche KSK-Spezialkräfte, die aber seit zwei Jahren nicht mehr abgerufen wurden – spiele nur eine symbolische Rolle. Die Bundesregierung verdeutliche dadurch – nach innen wie nach außen –, „dass wir diese Art der Terroristenjagd mittragen“, sagte Arnold. „Ich habe nicht den Eindruck, dass das für die Partner von herausragender Bedeutung ist.“ Dabei sei ihnen oft nicht bewusst, dass Deutschland die KSK-Soldaten auch unter Isaf-Mandat gegen Terroristen einzusetzen bereit sei. „Ich habe das Gefühl, es hilft, wenn man ihnen das sagt.“

Zur Frage, ob deutsche Militärausbilder afghanische Einheiten in den Süden des Landes begleiten sollten, äußerte Arnold sich konditioniert zustimmend: Wenn das die Sicherheitslage zulasse, sei er dafür. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Eckart von Klæden, widersprach hingegen dem Eindruck, er sei dafür. Solche Meldungen beruhten auf „unverantwortlichem Gequatsche“ von Leuten, die versuchten, eine regionale Ausweitung des deutschen Isaf-Einsatzes „durch die Hintertür“ zu erreichen, sagte Klæden der „Süddeutschen Zeitung“. Auch bei der dringend notwendigen Verbesserung der Ausbildung der afghanischen Armee müsse die deutsche Verantwortlichkeit auf den Norden des Landes beschränkt bleiben. Klæden erarbeitet im Auftrag der Fraktionsführung ein Papier, das die Linie festlegen soll, welche die Unionsfraktion in der Debatte über das weitere deutsche Afghanistan-Engagement vertritt. Darin spreche auch er sich dafür aus, dass die deutschen Ausbilder afghanische Armeec-Einheiten im Einsatz begleiteten, sagte der CDU-Politiker. Das müsse jedoch im Rahmen der vom Bundestag gebilligten regionalen Zuständigkeit für den Norden geschehen. Das Mandat sehe begrenzte Einsätze in anderen Landesteilen nur vor, wenn dies zur Erfüllung des Isaf-Gesamtauftrags unabweisbar sei. Daran solle nichts geändert werden.